

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Bundesräte Bader, Mühlwerth, ~~Tratt~~  
Kolleginnen und Kollegen

**betreffend Einbeziehung von Behindertenorganisationen in die Erarbeitung des Einführungserlasses und Evaluierung der Neuregelung**

eingbracht im Zuge der Debatte zu TOP 9) Beschluss des Nationalrates vom 24. Oktober 2018 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird (386/A und 292 d.B.)

Die unterfertigten Bundesräte stellen folgenden

### ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Bundesrat wolle beschließen:

„Die Bundesministerin für Frauen, Familien und Jugend wird ersucht,

- Behindertenorganisationen in die Erarbeitung des an die Finanzämter adressierten Einführungserlasses zur Vollziehung der gegenständlichen Sicherstellung der erhöhten Familienbeihilfe für alle Menschen mit Behinderung, die bisher einen Eigenanspruch hatten, einzubeziehen und
- die Vollziehung dieser Bestimmungen auf Basis eines laufenden Monitorings im Hinblick auf Einzelfälle und Gesamtvolumen ein Jahr nach Inkrafttreten einer Evaluierung zu unterziehen und diese in Form eines Berichts dem Parlament zuzuleiten.“

*Karl Jader*  
*Sodeber*  
~~*H. J. J.*~~

Wien, am 8. November 2018

